

Anzeige



Main-Netz
Alles. Hier.

Fotogalerien
Community
PODCAST
und noch mehr...

VIDEO
Nachrichten

SMS aufs Handy
E-Paper

www.main-netz.de

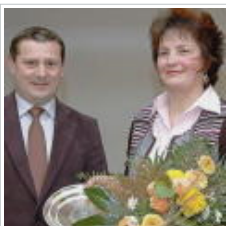
[Drucken](#) | [Schließen](#)



Bürger müssen Kanal komplett zahlen

Gemeinderat Johannesberger Mehrheit beschließt Abrechnung in den nächsten fünf Jahren und höhere Beiträge

Johannesberg Knapp sechs Millionen Euro, die sie für neue Kanäle ausgegeben hat, wird sich die Gemeinde ab diesem Jahr von ihren Bürgern wiederholen. In welcher Form das geschehen soll, darüber war der Gemeinderat am Dienstagabend geteilter Meinung. Die Mehrheit - CSU und Freie Wähler sowie die Unabhängige Bonita Hofmann - stimmte für eine hundertprozentige Abrechnung über Verbesserungsbeiträge.



Nachgerückt: Rita Englert (links) ist am Dienstagabend in Johannesberg als Gemeinderätin vereidigt worden. Sie folgt Sigrid Heeg (CSU) nach, die ihr Mandat aus privaten Gründen niedergelegt hat. Bürgermeister Peter Zenglein dankte Heeg mit einem Blumenstrauß und einem Wappenteller. Petra Reith

Die Räte von Johannesberg Aktiv (JA) und Burkhard Wombacher (SPD) hingegen hatten gefordert, dass ein Teil der Kosten über höhere Kanalgebühren kassiert wird. Sie konnten sich damit aber nicht durchsetzen.

Leidenschaftlich, aber fair in der Sache, wurde über das Thema debattiert, bevor die Entscheidung mit elf Ja- und sechs Neinstimmen fiel. Die Verwaltung hatte die Varianten detailliert durchgerechnet, mit unterschiedlichen Beitragssätzen pro Quadratmeter Grundstücksfläche und pro Quadratmeter Geschossfläche, mit Laufzeiten zwischen vier und sechs Jahren sowie mit vier verschiedenen Prozentsätzen, von 100 Prozent Beitragszahlung bis, in Zehnerschritten, hinunter zu 70 Prozent. Sie hatte sogar die Auswirkungen für die Bürger bei einer Abschreibungsdauer von 40 Jahren kalkuliert.

Werner Schnaitmann, Sprecher der JA-Fraktion, machte sich für eine Aufteilung 70 (Beiträge) zu 30 (Abwassergebühren) stark und für eine Streckung der Beitragsbescheide auf sechs Jahre. Sein Hauptargument: In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sollten die Bürger entlastet werden, zumal viele schon schwer an Straßenausbaubeiträgen zu tragen hätten. Johannesberg falle mit seiner langjährigen Abrechnung ausschließlich über Ausbau- und Verbesserungsbeiträge "aus dem Rahmen", und es sei höchste Zeit das zu ändern.

Geografische Lage erhöht Kosten Schnaitmann nannte Gegenbeispiele im Landkreis. In manchen Gemeinden würden neue Kanäle sogar zu 80 Prozent über das Abwassergeld finanziert. Bürgermeister Peter Zenglein (CSU) gab die schwierige geografische Lage von Johannesberg zu bedenken. Jeder Ortsteil werde in eine andere Richtung entwässert, und das treibe die Kosten nach oben.

Das Kanalgeld beträgt derzeit 2,75 Euro pro Kubikmeter. Eine Erhöhung auf vier oder fünf Euro habe sicher nichts mehr mit Wohnqualität zu tun, meinte Zenglein. Auch würden höhere Gebühren gerade junge Familien mit Kindern besonders treffen.

Man müsse die Gebühren ja nicht für immer oben lassen, konterte Schnaitmann. Er könne nicht verstehen, warum man eine Anlage mit einer Mindestlebensdauer von 40 Jahren schon in den nächsten Jahren voll bezahlen lassen wolle. Seine Wunsch-Modellrechnung: heuer und nächstes Jahr soll jeder Grundstücksbesitzer 200 Euro bezahlen, in den beiden Folgejahren je 400 Euro. "Wir haben in den nächsten zwei Jahren viele Rentner, Arbeitslose und Kurzarbeiter", setzte Schnaitmann seiner Argumentation "für mehr Gerechtigkeit" das I-Tüpfelchen auf.

"Statt auf Mallorca..." Jeder Häuslebauer strecke seine Kosten über eine

Generation, meinte Wombacher. Deshalb sei er dafür, die Kanalkosten zu 20 Prozent über Gebühren hereinzuholen und die Beiträge innerhalb der nächsten fünf Jahre einzufordern.

CSU-Fraktionssprecher Ottmar Stein sah hingegen keinen Grund, von der in Johannesberg seit vielen Jahren üblichen 100-Prozent-Praxis abzurücken. Das sei letzten Endes eine Frage der Pro-Kopf-Verschuldung und somit ein "Generationenproblem", meinte er und warnte vor "Spielchen". Fraktionskollegin Jutta Haßkerl unterstützte ihn mit dem Argument, die Kosten dürften nicht auf die Zukunft verschoben werden. Familien, bei denen es eng werde wegen der Beiträge, sollten "statt auf Mallorca mal Urlaub im Bayerischen Wald machen".

In Notfällen, so Alfons Bergmann von den Freien Wählern, könnten Forderungen auch mal gestundet werden. Mit den insgesamt zehn Stimmen von CSU und Freien Wählern wurde der Zeitraum für die Beitragserhebung auf fünf Jahre festgelegt. Melanie Pollinger

Adresse: <http://www.main-netz.de/nachrichten/region/aschaffenburg/aschaffenburg-land/land/art3986,691631>

Erscheinungsdatum: 19.02.2009

Copyright: © 1996-2008 Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG

Alle Rechte der Internetseiten des Main-Echo-Verlages dürfen ausschließlich für den persönlichen Bedarf genutzt werden. Unautorisiertes Kopieren, Vervielfältigen oder Verändern ist in jeglicher Form auf jedem Medium verboten.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für die Vereinbarkeit der Inhalte mit rechtlichen Bestimmungen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland. Der Verlag übernimmt keine Haftung für Zugangsmöglichkeit, Zugriffsqualität und Art der Darstellung.

Der Verlag ist nicht verantwortlich für die von Usern vorgenommenen Eintragungen sowie für die Inhalte der Seiten, zu denen aus dem Online-Angebot des Verlages heraus verlinkt wird.